

„Manche fixe Idee hängt uns bis heute nach.“



Hans Joachim Meyer bei der Einweihung des Neubaus des Leibniz-Instituts für Festkörper und Werkstoffforschung in Dresden am 16. November 1999.

Hans Joachim Meyer ist der Träger des Hans-Olaf-Henkel-Preises – Preis für Wissenschaftspolitik 2013. Der letzte Wissenschaftsminister der DDR und ehemalige sächsische Wissenschaftsminister über die Umbrüche im deutschen Wissenschaftssystem im Zuge der Wiedervereinigung und die forschungspolitischen Herausforderungen der Zukunft.

Sie werden in diesem Jahr mit dem „Preis für Wissenschaftspolitik“ ausgezeichnet. Wann haben Sie das erste Mal realisiert, dass Sie Forschungspolitiker geworden sind?

Na ja, in dem Moment, als Lothar de Maizière mich 1990 nach den Volkskammerwahlen bat, als Minister für Bildung und Wissenschaft in sein Kabinett einzutreten.

Aber das kam doch nicht aus heiterem Himmel?

Ich war wie viele seit dem Herbst 1989 politisch engagiert. Persönlich aber eher in der Richtung, in der DDR wieder eine katholische Laienorganisation aufzubauen.

Um das möglichst unabhängig vorantreiben zu können, war ich auch ganz bewusst in keine Partei eingetreten. Andererseits war ich schon lange an Hochschul- und Wissenschaftspolitik interessiert und damals wohl tatsächlich einer der wenigen in der DDR, die auf diesem Gebiet auch die Situation in der Bundesrepublik einigermaßen im Blick hatten.

Welche Perspektiven hatte die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft, als Sie im April 1990 Minister wurden?

Die Regierung de Maizière wollte die deutsche Einheit, und nach den Wahlen war im Prinzip klar, dass die Einheit kommen würde – wir wussten nur nicht, wie lange es dauern würde. Und: Natürlich wollten wir die Wissenschaftslandschaft in der DDR noch gestalten. Im Westen gab es hingegen die Haltung, wir sollten ihnen den Laden möglichst besenrein übergeben, sie wüssten dann schon, was zu tun sei. Ich habe diese Zeit als sehr spannungsgeladene Phase im Verhältnis mit der Bundespolitik in Erinnerung.

Welche Ziele hatten Sie?

Unser wichtigstes Ziel war sicher die Fortsetzung der Demokratisierungsbestrebungen an den Hochschulen. Wir wollten aber auch die Ungerechtigkeiten beseitigen, die aus der SED-Kaderpolitik entstanden waren, oder sie zumindest abmildern. Aber die Einheit kam dann ja viel schneller, als wir alle gedacht hatten.

Aber sie konnten ja mehr oder weniger nahtlos an Ihre Arbeit als DDR-Wissenschaftsminister anknüpfen – als erster sächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst.

Die personelle und strukturelle Erneuerung der Hochschulen in den ostdeutschen Ländern hat uns von morgens bis abends ausgefüllt. Und die Zeit drängte, denn innerhalb der ersten Legislaturperiode musste das erledigt sein.

Das ist Ihnen doch gut gelungen, die Zusammenführung der Wissenschaftslandschaft Ost- und Westdeutschlands gilt gemeinhin als Paradebeispiel für die gelungene Wiedervereinigung.

Vom Ergebnis her gesehen ist das sicher richtig, aber der Weg dahin war schwierig genug. Es war eine Zeit der Schwarz-Weiß-Bilder. So gab es durchaus ernstzunehmende Stimmen, die forderten, alle Universitäten in Ostdeutschland zunächst zu schließen, weil dort keine wissenschaftliche Leistung zu finden sei. Das war natürlich eine groteske Fehleinschätzung, denn sicher war die Forschung in der DDR durch das System beschädigt, aber dennoch auf vielen Gebieten durchaus im internationalen Vergleich leistungsfähig...



Hans-Olaf Henkel (li.) und Hans Joachim Meyer (Mi.) bei der Einweihung des Max-Bergmann-Zentrums Dresden mit Dresdens Uni-Kanzler Alfred Post im April 2002.

... jedoch personell wie organisatorisch nicht automatisch passfähig für das bundesdeutsche System?

Für die Hochschulen sind ja die Länder zuständig. Aber die ostdeutschen Länder waren finanziell in hohem Maße vom Westen abhängig. Es war natürlich undenkbar, dass eine Universität im Osten besser ausgestattet würde als im Westen. Und so schlugen die schlechten Betreuungsrelationen im Westen voll auf uns im Osten durch. In Sachsen musste das Hochschulpersonal halbiert werden.

Was trotz des grundsätzlichen Erfolgs viel menschliche Härten mit sich brachte.

Das war sicher eine der bedrückendsten Erfahrungen für mich bis heute: Kollegen entlassen zu müssen, von deren Leistungsfähigkeit und Integrität ich überzeugt war.

Also: menschlich schwierig, aber institutionell folgerichtig und konsequent?

Auch die institutionellen Lösungen waren strittig. Bei den außeruniversitären Instituten ist der heutige Stand das Ergebnis heftigster Auseinandersetzungen und Konflikte. Ein Grund dafür ist die Behauptung, in der DDR seien Forschung und Lehre getrennt gewesen – also Forschung in den Akademien und Lehre in den Hochschulen. Das ist schlichtweg falsch. Richtig ist, dass in der DDR die Proportionen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung etwa so waren wie in der alten Bundesrepublik. Schon im Kaiserreich war klar, dass Forschung nicht international wettbewerbsfähig sein kann, wenn sie allein an Universitäten angesiedelt ist, die unter Länderhoheit betrieben werden. Das führte damals ja zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Nach der Wiedervereinigung bot sich nun scheinbar die Möglichkeit, die Akademie-Institute wieder in die

Universitäten zu integrieren. Das hätte als Vorbild für Westdeutschland dienen können, um das vermeintlich privilegierte und die Universitäten diskriminierende Modell der außeruniversitären Forschung abzuschaffen. Aber das war eine typische Professoren-Idee – absolut unhistorisch und ohne jeglichen Sinn für finanzpolitische Realitäten.

Aber diese Vorstellungen sind ja nun nach fast 25 Jahren überwunden.

Mitnichten, diese fixen Ideen hängen uns bis heute nach und man findet sie immer wieder. Dabei ist jedem klar, dass wir unter der föderalen Zuständigkeit für die Wissenschaft bei den Ländern Kooperations- und Finanzierungsmöglichkeiten für den Bund brauchen.

Deswegen wird doch auch über eine Änderung des Artikels 91b Grundgesetz beraten, um dem Bund mehr Möglichkeiten zu geben.

Wir brauchen diese Grundgesetzänderung auch dringend. Vor allem, um den Kardinalfehler der Föderalismusreform von 2006 zu korrigieren, die Hochschulbauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern aufzugeben und allein den Ländern zuzuschlagen. Das war wirklich Unsinn und widersprach den Interessen der meisten Länder. Doch noch ist längst nicht ausgemacht, dass eine Grundgesetzänderung kommen wird. Die Länder wollen stattdessen einen höheren Anteil am Steueraufkommen. Da bin ich strikt dagegen.

Warum das?

Weil es am Ende in die allgemeinen Haushalte fließt und nicht der Wissenschaft zugutekommen wird. Außerdem gibt es keinen Grund, vom bewährten wissenschaftsorientierten Weg abzurücken.

Das heißt?

Das heißt, dass die Länder sich mit ihren Hochschulbauprojekten dem Urteil des Wissenschaftsrates stellen müssen und nur auf dessen Empfehlung hin 50 Prozent der

Baukosten vom Bund bekommen können. Ein gutes Beispiel für die Kooperation des Bundes und der Länder auf dem Gebiet der außeruniversitären Forschung ist die Leibniz-Gemeinschaft. Zunächst schien die damalige Blaue Liste eine Verlegenheitslösung, weil der Wissenschaftsrat nur für sie mit Aussicht auf Erfolg Empfehlungen beschließen konnte. Heute hat sich die Leibniz-Gemeinschaft bewährt, weil ihre Institute den Hochschulen und damit den Ländern am nächsten sind und weil der Bund über Leibniz sinnvoll und zweifellos grundgesetzkonform Geld in die Wissenschaft investieren kann, das auch den Hochschulen zugutekommt.

Und zu guter Letzt: Ist die Wiedervereinigung in der Wissenschaft geglückt?

Bei der außeruniversitären Forschung gibt es da schon lange keine Probleme mehr, und bei den Universitäten ist nur hin und wieder noch eine gewisse Polarität zu beobachten. Ich gebe zu, dass es in den neunziger Jahren eine große Enttäuschung für mich war, dass junge Leute aus dem Westen fast gar nicht bereit waren, zum Studium in den Osten zu gehen. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert, so dass heute viele Studenten aus dem Westen im Osten studieren und im Anschluss auch oft dort bleiben und arbeiten. Da mussten Hemmschwellen überwunden werden, aber als positiv denkender Mensch orientiere ich mich am jetzigen Zustand – und der hat sich zum Guten gewendet.

INTERVIEW:

CHRISTOPH HERBERT-VON LOEPER

Der Hans-Olaf-Henkel-Preis – Preis für Wissenschaftspolitik wird von der Leibniz-Gemeinschaft alle zwei Jahre für herausragende Leistungen bei der Förderung der Wissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Das Preisgeld beträgt 20.000 Euro. Seinen Namen trägt der Preis in Erinnerung an die Amtszeit von Hans-Olaf Henkel, der von 2001 bis 2005 Präsident der Leibniz-Gemeinschaft war.

Hans Joachim Meyer

Jahrgang 1936, war 1990 in der Regierung de Maizière Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR und von 1990 bis 2002 sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Der Sprachwissenschaftler und Senator der Leibniz-Gemeinschaft wirkte von 1997 bis 2009 als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken.

